

Er scheint wöchentlich 6 mal Abends.

Warteljährlicher Abonnementspreis in Thorn bei der Expedition Brückenstraße 34 (auch frei in's Haus) und bei den Depots 2 M., bei allen Reichs-Postanstalten 2 M. 50 Pf.

Insertionsgebühr

die 5gespaltene Zeile oder deren Raum 10 Pf. Annoncen-Annahme in Thorn: die Expedition Brückenstraße 34, Heinrich Neg, Koppertiusstraße.

Thorner

Ostdeutsche Zeitung.

Insertions-Annahme auswärts: Straßburg: A. Fuhrich. Inowrazlaw: Justus Wallis, Buchhandlung. Neumark: J. Köpfe. Graudenz: Der „Gesellige“. Lautenburg: M. Jung. Gollub: Stadtkämmerer Aufen.

Expedition: Brückenstraße 34. Redaktion: Brückenstr. 17, I. Et. Fernsprech-Anschluß Nr. 46. Insertions-Annahme für alle auswärtigen Zeitungen.

Insertions-Annahme auswärts: Berlin: Haasenstein und Vogler, Rudolf Mosse, Invalidentank, G. L. Daube u. Ko. u. sämmtl. Filialen dieser Firmen in Breslau, Dresden, Leipzig, Frankfurt a./M., Nürnberg, München, Hamburg, Königsberg zc.

Ein einmonatliches Abonnement
auf die
Thorner Ostdeutsche Zeitung
mit
Illustrirtem Unterhaltungs-Blatt
(Gratis-Beilage)
eröffnen wir für den Monat **Juni**. Preis ab Expedition, den bekannten Ausgabestellen oder frei in's Haus 0,67 Mark, bei der Post 0,84 Mark.
Die Expedition
der „**Thorner Ostdeutschen Zeitung**“.

Schützt das Reichswahlrecht!
Bei den Neuwahlen handelt es sich noch um anderes wie um ein Mehr von 90 000 Soldaten und 60 Millionen Mark neuer Steuern. Auch Monopole sind in Vorbereitung. Das Branntweinmonopol und das Tabakmonopol harren der Auserstehung, wenn sich eine gefügige Reichstagsmehrheit dazu findet.
Aber mehr noch als das! Ergeben die Neuwahlen eine Mehrheit der Konservativen und Nationalliberalen, so stehen Aenderungen des Wahlrechts bevor, um für die Zukunft eine Volksvertretung unmöglich zu machen, welche ein getreues Bild abgibt für die im Volke maßgebenden Ansichten.
Schon ist es 1888 einer Mehrheit von Konservativen und Nationalliberalen gelungen, die bis dahin dreijährige Wahlperiode in eine fünfjährige umzuwandeln, damit das Volk nur in desto längeren Zwischenräumen zu Wahlen kommt, während die Regierung nach wie vor jeden Reichstag, der ihr nicht paßt, auflösen kann.
Schützt das geheime Wahlrecht! Die letzten Verhandlungen im preussischen Abgeordnetenhaus, die schroffe Ablehnung aller Anträge, das geheime Wahlrecht für die Landtagswahlen einzuführen, haben klar dargethan, wie feindlich konservative und Nationalliberale gegen das geheime Wahlrecht gesinnt sind.
Schützt auch das allgemeine gleiche

Wahlrecht! Am 10. Dezember 1885 äußerte Abgeordneter von Hellborn im Reichstag, die Konservativen theilen nicht den Standpunkt, daß an dem allgemeinen Stimmrecht nicht gerüttelt werden dürfe. Es sei eine Frage der Zeit, wie lange das Reich das allgemeine Stimmrecht ertragen werde. Neuerlich bemerkte auf dem Parteitag der sächsischen Konservativen am 13. Juni 1892 der dortige Führer Reichstagsabgeordneter von Friesen: jede Wahl unter dem jetzigen Wahlgesetz sei ein Schritt weiter in die Entfittlichung des Volkes auf dem Wege des Materialismus. Ebenso wird von den Christlich-Sozialen unter den Konservativen, Städter und Freiherrn von Hammerstein, die Nothwendigkeit der Schaffung einer Berufsvertretung an Stelle oder neben einer Volksvertretung auf der Grundlage des jetzigen Wahlrechts betont. Die Abgeordneten sollen künftig, wenn es nach solchen Plänen geht, nicht mehr hervorgehen aus allgemeinen Volkswahlen, bei denen, wie jetzt, die Stimme des einfachsten Arbeiters ebensoviel wiegt wie diejenige des reichsten Grundbesitzers und Millionärs. Nach Berufsgruppen soll vielmehr gewählt werden. Jeder Stand, die Großgrundbesitzer, die Beamten, die Ärzte, die Geistlichen, die Handelsherren, die Handwerksmeister, Gesellen, Arbeiter, alle sollen für sich wählen innerhalb ihrer Berufsgruppen. Natürlich wählen dann diejenigen, deren Berufsgruppen nur wenige Tausend zählen, ebensoviel oder noch mehr als diejenigen Klassen, deren Mitglieder sich auf Hunderttausende oder Millionen belaufen.
Das Muster einer solchen „Volksvertretung“ war schon im Volkswirtschaftsrath vorhanden, welchen Fürst Bismarck im Widerspruch mit dem preussischen Abgeordnetenhaus eingeführt hatte. Dieser Volkswirtschaftsrath bestand aus 15 Rittergutsbesitzern und Fideikommißbesitzern, 10 Kommerzienräthen, 8 Großfabrikanten, 3 Großaufseutern, aber nur 1 Hofbesitzer, 3 Werkmeistern, 3 Gesellen, 3 Arbeitern und wenigen Handwerksmeistern. Schon sind in den Berufsgruppen für Unfallversicherung, in den Innungen und Gewerbekammern die Vorstufen gezimmert für die Wahlkörperchaften,

welche an die Stelle allgemeiner Volkswahlen zu treten bestimmt sind.
Ein Reichstag, dessen Mitglieder nicht, wie jetzt, Vertreter des ganzen Volkes sind, sondern nur Interessen einzelner Berufsarten zu vertreten haben, ist nur eine Interessenvertretung, keine Volksvertretung. Im Widerstreit der Interessen erscheint die Regierung alsdann als die oberste Richterinstanz gegenüber einem durch kreuzende Interessen auseinandergezogenen ohnmächtigen Reichstage.
Die Konservativen und ein Theil der Nationalliberalen warten nur auf den geeigneten Zeitpunkt, das geltende Wahlrecht abzuschaffen. Der Zeitpunkt ist gekommen in dem Augenblicke, wo für solche Pläne eine Mehrheit im Reichstage gewonnen ist. Laßt Euch darum nicht täuschen, Ihr Wähler, durch die Versuche, solche Pläne abzuleugnen. Vor den Wahlen bleibt manches im Dunkeln, was nach den Wahlen an die Öffentlichkeit tritt.
Deutsches Reich.
Berlin, 29. Mai.
— Der Kaiser hat zur Enthüllung eines Kaiser Wilhelm-Denkmal in Bremen, die am 18. Oktober stattfinden soll, auf die Einladung des bremischen Senats seine Theilnahme zugesagt.
— Der Brief des Prinzen Albrecht an Herrn von Winterfeld und die Schicksale dieses Schreibens bilden eine ganz seltsame Analogie zu einem Vorgange, der sich vor jetzt 72 Jahren abgespielt hat, und von dem eine Wochenschrift Mittheilung macht. Im Mai 1821 hatte der unbekannte Adressat des unten folgenden Schreibens am Berliner Hofe zu erreichen versucht, daß Goethe zu einem Feste am 26. Mai 1821 vom König Friedrich Wilhelm III. eingeladen werde. Die Antwort des Königs zeigt der nachstehende Brief: „Der Fürst Staats-Kanzler hatte mich gestern beauftragt, Sr. Majestät den wegen des Herrn von Goethe gemachten Antrag, ihn zum 26. einzuladen, vorzutragen und Sr. Majestät Genehmigung zu erbitten. Allerhöchstselben erklärten sich aber sogleich bestimmt dagegen und

befahlen, daß durchaus nichts an H. von Goethe erlassen werden solle; von den übrigen Anträgen konnte daher gar nicht die Rede sein, ich habe ihrer gar nicht erwähnt, und ich erlaube mir den freundschaftlichen Rath, weder mündlich noch schriftlich weiter auf die Einladung H. von Goethe's zu insistiren; Sie würden den König nur erzürnen. Dem Herrn Fürsten Staats-Kanzler habe ich dies bereits gemeldet. Potsdam, den 18. May 1821. Albrecht. — Man sieht, die Geschichte sorgt in ihrer Launenhaftigkeit für Dubletten, wo man es gar nicht vermuthen sollte. Wer statt des „Fürsten Staats-Kanzler“ Graf Caprivi setzt, statt Goethe Bismarck, statt Friedrich Wilhelm III. Kaiser Wilhelm, der hat das Heute im Spiegelbild des Damals, und sogar der Name „Albrecht“ kehrt wieder.
— Zum „Fall Baumbach.“ Die „Post. Ztg.“ sagt zu der Nachricht, daß die „neue Fraktion“ des Herrenhauses Herrn Dr. Baumbach ersucht hat, aus der Fraktion auszuschneiden: „Das ist eine Anmaßung, die hoffentlich alle auch nur einigermaßen liberalen Mitglieder der Fraktion zum Austritt aus dem Verbands veranlassen wird.“ — Auch wir erwarten dies mit Bestimmtheit.
— Die nächste Reichstagsession. Der Termin der Eröffnung der neuen Reichstagsession ist noch nicht endgültig festgesetzt, wird aber jedenfalls noch in den Juni hineinfallen, sodaß zuvor noch die voraussichtlich sehr zahlreichen Sitzwahlen erledigt sein können. Die gegenwärtig in der Umarbeitung nach dem Antrag Huene befindliche Militärvorlage wird dem Reichstag unverzüglich zugehen, vielleicht auch vorher schon veröffentlicht werden, wenn gleich sie nichts Neues bieten kann. Sonst soll dem Reichstag in dieser außerordentlichen Tagung Nichts von erheblichem Belang vorgelegt werden und man wird, da nach den gründlichen vorangegangenen Berathungen der Gegenstand nach allen Seiten erschöpft ist, einen kurzen weiteren Verlauf, eine nahe Entscheidung und einen baldigen Schluß der Session erwarten dürfen.
— In Ostpreußen mischen sich der Oberpräsident und der Regierungspräsident Steinmann überall in die Kandidaturen der

Feuilleton.
Die letzte Rate.
Erzählung von Karl Schmeling.
15.) (Fortsetzung.)
Der Kommerzienrath ging bei seinen Forschungen ganz systematisch zu Werke. Sobald er den Bericht erhalten hatte, zog er genauere Erkundigungen über das Verhalten und den Ruf der jungen Leute sowie über deren Familien ein. Er hörte nur Gutes über alle Glieder derselben. Um so auffallender mußte daher der Streich erscheinen, den die beiden „Unzertrennlichen“ ausgeführt hatten. Sie und ihre Angehörigen standen Reuser und dessen Tochter vollständig fern. Es mußte sich hier also nothwendig noch ein anderer Akteur hinter den Kulissen befinden, was ja auch mit Luisens Beobachtungen übereinstimmte. Jenen zu entdecken bildete nun die Hauptaufgabe. Der Kommerzienrath begab sich also mit dem Billet und seinem weiter gewonnenen Anhalt zu dem Leiter des in Lühne befindlichen Gerichts.
Der Gerichtsrath Straube war ein sehr ernster, eigentlich finsterner Mann. Das Richteramt bietet nur zu viel Gelegenheit, den Menschen von der unvortheilhaftesten Seite kennen zu lernen, und läßt daher leicht die Achtung vor dem ganzen Geschlecht verlieren.
Der Gerichtsrath Straube war im Laufe der Zeit geradezu Menschenhafter geworden; Niemand hatte daher gern etwas mit ihm zu thun, denn wer ihm nahe trat, gleichviel ob amtlich oder außeramtlich, durfte darauf gefaßt sein, von dem grämlichen Manne unfreundlich behandelt zu werden.
Den Fabrikherrn schreckte dies jedoch nicht;

er konnte zeitweilen recht rücksichtslos sein und bewies das in diesem Falle schon dadurch, daß er ohne besondere Umstände das Arbeitszimmer des Gerichtsherrn betrat und demselben recht gemächlich einen guten Morgen wünschte.
„Morgens!“ erwiderte der Gerichtsrath, so lang gezogen, daß es wie ein Knurren klang.
„Was giebt es? Beschwerden über Mitglieder des Gerichts müssen schriftlich eingereicht werden.“
„Habe ich denn schon von solchen Beschwerden etwas merken lassen?“ bemerkte Reuser ärgerlich. Kennen Sie mich, Herr Gerichtsrath?“
„Kenne Sie,“ erwiderte der Gerichtsrath und schrieb ruhig weiter.
„Nun denn,“ rief der Fabrikant auffahrend, „so bitte ich Sie, mir Gehör zu schenken.“
Der Gerichtsrath hielt mit dem Schreiben inne und legte die Feder fort.
„Was wollen Sie denn?“ fragte er mit dumpfem Grollen.
„Zuerst will ich, daß Sie mich Herr Kommerzienrath nennen, wie ich Sie Herr Gerichtsrath nenne,“ rief Reuser zornig, „denn ich dulde eben so wenig versteckte, wie offene Beleidigungen.“
Das mochte dem galligen Herrn wohl noch Niemand geboten haben. Er saß da wie zur Bildsäule erstarrt, doch nicht etwa vor Schreck, sondern in unausgesprochener Wuth. Er überlegte, während er sich zu fassen suchte, zugleich, welchen Ton er bei der ferneren Unterhaltung mit dem so bestimmt auftretenden Fabrikanten anschlagen sollte. Er verfiel schließlich auf eine faktische Ausdrucksweise und fragte in derselben mit bemerkbar übertriebener Höflichkeit, womit er dem Fabrikherrn und Titular-Kommerzienrath in aller Ergebenheit dienen könne.

Reuser überhörte den Spott oder den Hohn; er war über sich selbst unwillig geworden. Es war sonst nicht seine Gewohnheit, sich auf seinen Titel oder seinen Reichthum zu stützen. Er hatte sich übervoll und ärgerte sich deswegen. Auch lag ihm nicht daran, den Streit mit dem grämlichen Gerichtsrath noch weiter auszuspiinnen und bis auf die äußerste Spitze zu treiben.
„Sie wissen vielleicht, daß meine Tochter Braut ist, Herr Gerichtsrath,“ sagte er in ganz ruhiger Weise.
„Gerüchtweise — ja, Herr Kommerzienrath,“ lautete die herbe Antwort.
„Der Bräutigam ist Militär,“ fuhr Reuser fort, „die Verlobung und deren Anzeige können daher erst nach eingeholter Erlaubniß zur Verheirathung für den Ersteren stattfinden. Ich würde sonst nicht ermangelt haben —“
Der Gerichtsrath verbeugte sich nur steif und sehr kalt.
„Meiner Tochter ist nun indessen von Herren des Gerichts ein recht unangenehmer Streich gespielt worden,“ fuhr Reuser fort und erzählte ausführlich, was in jener Hinsicht geschehen war, indem er zugleich das mehrfach erwähnte Billet überreichte.
Der Gerichtsrath war aufmerksam, aber auch ernster und finsterner geworden. Er betrachtete prüfend die auf dem Papier befindlichen Schriftzüge.
„Diese dummen Jungen!“ murmelte er endlich. „Die Handschrift kommt mir bekannt vor. Haben Sie Vermuthungen in Betreff der unbekanntten dritten Person, Herr Kommerzienrath?“
„Nein, Herr Gerichtsrath,“ antwortete Reuser. „Der Leutnant v. Weilmann machte zwar eine Andeutung, hat mir jedoch keinen Namen genannt.“

Ich dachte, es könne nicht schwer halten, den Namen der Person durch die beiden genannten jungen Leute zu erfahren.“
„Wir wollen es versuchen,“ sagte der Richter in seiner kühlen Weise. „Lassen Sie mir gefälligst das Schriftstück.“
„Sehr gern,“ erwiderte der Fabrikant.
„Das wäre also die Anzeige. Mit derselben möchte ich jedoch die Bitte verbinden, den jungen Leuten, wenn sie nur Werkzeuge eines anderen gewesen sind, nicht die Zukunft zu verschränken.“
„Das muß mir überlassen bleiben, mein werther Herr!“ meinte der Gerichtsrath, scharf betont.
„Gewiß,“ befähigte Reuser, „meine Fürbitte soll auch nur andeuten, daß mir unter gewissen Umständen nichts an der Bestrafung der unerfahrenen jungen Menschen liegt. Doch habe ich noch eine zweite Bitte, Herr Gerichtsrath. Sie begreifen wohl, daß ich wünschen muß, meine Tochter sowie deren Bräutigam und ich möchten bei der Verfolgung der Angelegenheit gar nicht genannt werden. Auch möchte ich nicht die Angeschuldigten davon in Kenntniß gesetzt wissen, daß ich es gewesen bin, der den Vorfal zur Anzeige gebracht hat. Es gäbe nur zu Gerüchten Veranlassung, aus denen Böswilligkeit recht Schlimmes zu machen im Stande ist.“
Der Gerichtsrath nahm seine Feder wieder auf und machte nur eine stumme Verbeugung. Der Fabrikherr that daher dasselbe und verließ dann das Zimmer, im Grunde vielleicht nicht ganz zufrieden mit sich und seinem Benehmen dem grämlichen Manne gegenüber.
Schon nach einigen Tagen erhielt der Fabrikant eine schriftliche Aufforderung, sich

